

Müller, Hermann Eugen ♂ Bergingenieur, Markscheider, Generaldirektor, ★ 21.05.1877 Esslingen am Neckar, † 24.02.1967 Neuenhaus/ Grafschaft Bentheim.

Vater: Georg (1842–1909), Gerberei- und Lederwarenfabrikbesitzer; **Mutter:** Lina, geb. Keppler (1843–1919), Tochter eines Apothekers; **Geschwister:** Lina (1867–1945); Auguste (1869–1946); Ernst (1871–1959), Pfarrer; Georg (1875–1918), Förster; Paul (1879–1967), Apotheker; ⚭ 1903 Elly, geb. Braun (1883–1911), Tochter eines Redakteurs; 2. ⚭ 1920 Martha, geb. Kuhlmann (1889–1976); **Sohn:** Georg (★ 1921), Bergingenieur; **Tochter:** Elsbeth (★ 1924).

Wenn es denn schwäbische Tugenden wie Sparsamkeit, Fleiß, Erfindergeist und Weitblick gibt, dann begleiteten sie das Wirken von M. bis an die Spitze der staatlichen Braunkohlen- und Energiewirtschaft in Sachsen. – M. besuchte die Gymnasien in Esslingen und Cannstadt. Eine unfreiwillige zweijährige Verzögerung nutzte er zur Aneignung einer Reihe von handwerklichen Fertigkeiten, die ihm in seinem gesamten Berufsleben zustattenkamen. 1897 bis 1901 studierte er an der Bergakademie Freiberg. M. war ein Ausnahmestudent und nach Ablegung des Vorexamens bereits Assistent bei den Professoren für Bergbaukunde, Lagerstättenlehre, Mechanik und Maschinenlehre. Seine Diplomprüfungen als Vermessungsingenieur und Markscheider (1900) sowie als Bergingenieur (1901) legte er „mit Auszeichnung“ ab. – Nach einjähriger Tätigkeit als Bergreferendar und Direktionsassistent übernahm M. 1903 das gefährvolle Braunkohlenwerk „Margaretha“ in Espenhain im Süden von Leipzig. Seine dort entwickelte Abbaumethode mit natürlichem Spülversatz bannte die tödliche Gefahr von Schwimmsandeinbrüchen unter Tage. Trotz dieser und anderer Verbesserungen war ein wirtschaftlich befriedigendes Ergebnis nicht zu erreichen. In der Erkenntnis der Perspektivlosigkeit der Kohlegewinnung im Tiefbau kündigte M. und unterbreitete dem sächsischen Finanzministerium in Dresden 1904 die weitblickende Vorstellung einer staatlichen Energieversorgung auf Grundlage der umfangreichen Braunkohlenvor-

kommen im Süden von Leipzig. Dieser Vorschlag wurde zunächst als undurchführbar abgelehnt. – Anfang Januar 1907 ging M. nach Preußen, um die Leitung eines defizitären Braunkohlenwerks in Kausche bei Cottbus zu übernehmen. Er blieb aber als Berater für die Durchsetzung seines inzwischen bestätigten Projekts mit dem sächsischen Finanzministerium verbunden. Mit dem innovativen Um- und Ausbau des Unternehmens gelang es M., den Betrieb innerhalb eines Jahres in die Gewinnzone zu führen. Dazu gehörten u.a. die Elektrifizierung des Gesamtbetriebes, der erstmalige Einsatz eines elektrisch betriebenen Eimerketten- und eines Schrämkettenbaggers sowie Entwicklungsarbeiten mit den Firmen Bleichert, Krupp, Siemens u.a. Der Besitzer gewährte M. volle Selbstständigkeit in der Betriebsführung sowie ein außergewöhnliches, steuerfreies Einkommen. – Der Erste Weltkrieg veränderte auch die Lebensplanung von M. Er musste seine privatwirtschaftliche Karriere im Kauscher Werk aufgeben und sich 1916 für den Staatsdienst in Sachsen entscheiden, um sein nunmehr gesetzgeberisch, finanziell und mit umfangreichen Grubenfeldankäufen abgesichertes Projekt in die Tat umzusetzen. Die verantwortlichen Mitarbeiter im Finanzministerium waren mit der Institutionalisierung einer staatlichen Elektrizitätsversorgung auf Braunkohlenbasis überfordert und sahen in M. den „Retter in der Not“. M. erkannte sehr bald aus seiner eigenverantwortlichen Tätigkeit in Kausche, dass ein beamtenrechtlich geführtes staatliches Kohlen- und Elektrizitätsunternehmen auch mit kaufmännischen Zugeständnissen nicht erfolgreich funktionieren konnte. So enthielten die Anstellungsmodalitäten als erster Direktor Sonderregelungen. Die Bestallungsurkunde wurde vom König unterzeichnet und enthielt, zur Annäherung an M.s bisheriges Einkommen, eine Klausel, die seinen Eintritt in den Staatsdienst um 13 Jahre zurückdatierte. Den Beamteneid leistete er in abgewandelter Formulierung. Schließlich wurde er 1919 zur Durchsetzung der Verordnung zur Verhinderung der Überbauung von staatlichen Kohlenfeldern zum Kommissar ernannt. Mit diesen Zugeständnissen und trotz vielfacher Widerstände gelang es dem Staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmen im Verlauf von sieben Jahren, wesentliche Grundlagen einer landesweiten gemeinnützigen Elektrizitätsversorgung zu schaffen. – Das Ende der galoppierenden Inflation und die Einführung der Rentenmark boten im November 1923 die Chance, mit der Gründung

der Aktiengesellschaft Sächsische Werke (ASW) bürokratische Hürden und den politischen Einfluss zu mindern. Der gesamte Aktienbesitz verblieb beim Staat. Den Kapitalmangel konnte eine Inlandsanleihe nicht überwinden. Erst Ende 1924 bot sich eine Lösung mit der Aufnahme von zwei Dollaranleihen im Umfang von 33 Mio. US-Dollar bei der National City Bank (NCB) im Rahmen des Dawes-Plans an. Diese wesentlich von M. als 1. Generaldirektor initiierte Aufnahme von Anleihen hatte für die Konkurrenzfähigkeit der sächsischen Wirtschaft einen hohen Stellenwert. Sie ermöglichte den Aufbau einer staatlichen Elektrizitätsversorgung ohne Inanspruchnahme staatlicher Mittel. Darüber hinaus führten die Anleihe-Kontakte 1928 zu einer Einladung des Präsidenten der NCB. Im Verlauf von zwei Monaten konnte M. in Begleitung von Hanno Zeuner und Paul Rosin energiewirtschaftliche Anlagen in den USA studieren und auf der International Fuel Conference in Pittsburgh die Erfolge bei der staatlichen Elektrizitätsversorgung in Sachsen einem internationalen Fachpublikum vorstellen. – Die Erfüllung der Staatsaufgabe nach einer landesweiten Elektrizitätsversorgung Anfang der 1930er-Jahre fällt mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zusammen. Im Mai 1933 wurde eine Diffamierungskampagne gegen die ASW und ihre Direktion gestartet, zwei Generaldirektoren ins KZ Hohnstein verbracht und M. unter Hausarrest gestellt. Anfang 1936 verließ er Deutschland und übernahm für sieben Jahre die Vertrauensstellung als oberster Berater der türkischen Regierung in Minensachen, kehrte 1942 zurück und erlebte die Zerstörung von Dresden. Nach dem Krieg erklärte er sich bereit, als ASW-Hauptdirektor die dringendsten Arbeiten zum Wiederaufbau der Elektrizitätsversorgung in Sachsen zu organisieren. Die Demontage lebenswichtiger Energieanlagen durch die Besatzungsmacht und der Übergang zur zentralgeleiteten Wirtschaft veranlassten ihn, sich 1948 mit 71 Jahren in den Ruhestand zurückzuziehen. Eine Anerkennung seiner Leistungen in Sachsen blieb ihm versagt. Auch eine einstimmige Empfehlung der Bergakademie Freiberg, M. 1952 die Ehrendoktorwürde zu verleihen, scheiterte. Der Grund war offensichtlich die Verhaftung des Direktors des Instituts für Kohlebergbau und Bergwirtschaftslehre, Otto Fleischer, der während des Promotionsverfahrens Ende 1952 in einem Schauprozess wegen angeblicher Spionage verurteilt wurde. 1963 übersiedelte M. ins Emsland und arbeitete an seinen Lebenserinnerungen.

Quellen: Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Nachlass Hermann Eugen M.

Literatur: F. Hönsch, Der Industriekomplex Böhlen, Diss. Potsdam 1968 (ND Leipzig 2011); ders., Hermann Eugen M. - ein kaum bekannter Wegbereiter der staatlichen Braunkohlen- und Energiewirtschaft in Sachsen, in: Sächsische Heimatblätter 59/2013, H. 4, S. 352-356; ders., Die Aktiengesellschaft Sächsische Werke und ihr Generaldirektor Hermann M., in: ebd. 60/2014, H. 1, S. 82-92; ders., Die Grube „Margaretha“ in Espenhain und ihr Bergdirektor Hermann Eugen M., in: Heimatblätter. Beiträge aus dem Altenburger- und Bornaer Land 15/2014, S. 50-72.

Portrait: Hermann Eugen M., Fotografie, um 1927, Sächsisches Staatsarchiv - Bergarchiv Freiberg, Nachlass Hermann Eugen M. (Bildquelle).

Fritz Hönsch
17.11.2015

Empfohlene Zitierweise: Fritz Hönsch, Müller, Hermann Eugen, in:
Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.
Online-Ausgabe: <https://www.isgv.de/saebi/> (8.8.2024)

Normdaten:

Permalink: <https://saebi.isgv.de/gnd/1046966952>

GND: 1046966952

SNR: 27655

Bild:



PDF-Erstellungsdatum: 8.8.2024

LaTeX-PDF